ist und nicht erhöht werden darf. Um diesem Bedarf entgegenzukommen, hat sich das Reichsfinanzministerium entschlossen, 6-prozentige im Jahre 1932 fällige Goldschatzanweisungen bis zu einem Betrage von 300 Millionen Goldmark auszugeben. Diese mit Zinsscheinen ausgestatteten Schatzanweisungen werden nicht in kleinen Stücken geschaffen — der niedrigste Betrag wird 25 Dollar — gleich 105 Goldmark sein — und sind nicht dazu bestimmt, als Zahlungsmittel verwendet zu werden. Sie können von Mitte der nächsten Woche ab zum jeweiligen Kurse für Auszahlung Neuyork durch die zur Ausgabe von Notgeld ermächtigten Stellen erworben werden. Bis zur Fertigstellung der Stücke dient die von der Reichsbank erteilte Quittung als Unterlage.

Mit Rücksicht auf diese Erweiterung der Deckungsmöglichkeiten muß der Deckungsvermerk auf dem Notgeldschein in Zukunft lauten: „Dieser Notgeldschein ist gedeckt nach Maßgabe der Bestimmungen der Reichsregierung." Ferner muß sich aus dem Notgeldschein ergeben, daß der Inhaber des Scheines innerhalb eines Monats nach Aufruf diesen nach Wahl des Ausstellers je nach der Art der Deckung gegen Stücke der hinterlegten wertbeständigen Anleihe des Deutschen Reiches bezw. gegen Goldschatzanweisungen des Reichs oder gegen einen dem Kurse der hinterlegten Wertpapiere am Tage der Zahlung entsprechenden Barbetrag eintauschen kann.

Das Goldnotgeld der Reichsbahn.

W. T. B. meldet: Auch die Reichsbahn wird durch Herausgabe von wertbeständigen Geldscheinen, die sich auf die Goldanleihe stützen, die Bezüge des Reichsbahnpersonals zum Teil und in nach und nach steigendem Verhältnis wertbeständig gestalten. Damit die hierfür erforderlichen wertbeständigen Zahlungsmittel bei den Kassen der Reichsbahn verfügbar sind, wird der Reichsverkehrsminister im Einverständnis mit dem Reichsfinanzminister demnächst wertbeständige Anteilscheine über 0,42 Mark Gold = $^1/_{10}$ Dollar über 1,05 Mark Gold = ¼ Dollar, sowie über 2,10 Mark Gold = ½ Dollar, herausgeben, die vorläufig als Zahlungsmittel umlaufen sollen und später in Schatzanweisungen des Reiches umzutauschen sind. Diese Anteilscheine sollen vorläufig lediglich zu Gehalts- und Lohnzahlungen verwendet werden.

Die Markstabilisierung.

Berlin, 4. Nov. Am heutigen Abend hat beim Reichsfinanzminister unter Mitwirkung des Reichswirtschaftsministers eine eingehende Besprechung mit Sachverständigen über die Markstabilisierung stattgefunden. Zugrunde lag der Beschluß des Reichskabinetts, ein festes Mindestumrechnungsverhältnis zwischen einem wertbeständigen Wert und der Papiermark herzustellen. Es handelt sich dabei um eine begrenzte Papiergeldmenge, da bekanntlich mit dem Inkrafttreten der Rentenmark die Notenpresse zum Stillstand kommt. Die Sachverständigen haben die Absichten der Regierung einmütig als praktisch durchführbar bezeichnet und so bestimmte positive Vorschläge gemacht, daß eine endgültige Beschlußfassung der Reichsregierung in kürzester Frist erfolgen kann. Aus den Kreisen der Sachverständigen ist zugleich mit großem Nachdruck gefordert worden, daß gegen ungenehmigtes Notgeld mit aller Schärfe eingeschritten wird und daß das genehmigte Notgeld nach anderweiter Befriedigung des dringendsten Bedarfs an Zahlungsmitteln sofort eingezogen werden muß.

Wertbeständige Gehalts- und Lohnzahlungen.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Die in den letzten Tagen im Reichsfinanzministerium mit Vertretern aller Wirtschaftskreise geführten Besprechungen über die Frage der wertbeständigen Gehalts- und Lohnzahlung haben ergeben, daß der Uebergang von der Entlohnung in Papiermark zur wertbeständigen Entlohnung aus technischen, wirtschaftlichen und währungspolitischen Gründen nur allmählich erfolgen könne. Es wurde für zweckmäßig erachtet, wenn in der zweiten Novemberwoche mit einer wertbeständigen Bezahlung etwa in Höhe von 10 v. H. der Bezüge begonnen würde. Daraufhin hat das Reichsfinanzministerium durch Verfügung vom 1. November 1923 angeordnet, daß bei den Lohnzahlungen am 3. November und bei den Gehaltszahlungen an die Beamten und Angestellten am 9. November 10 v. H. der Bezüge in wertbeständigen Zahlungsmitteln ausgezahlt werden sollen.

Gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht.

Eine Kartell- und Trustverordnung.

Die Regierung hat gestern eine noch auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassene Verordnung gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht veröffentlicht, die am 20. November in Kraft tritt. Es handelt sich nicht um die von vielen Seiten geforderte Zertrümmerung der Kartelle und Syndikate, sondern um eine der Bedeutung und der Unentbehrlichkeit wirtschaftlicher Zusammenschlüsse in der kommenden schweren Zeit gerecht werdende, sorgfältig abgewogene Ausstaltung des Reichswirtschaftsministers mit sehr weitgehenden, fast diktatorischen Vollmachten zur Bekämpfung des Kartellmißbrauchs und der Auswüchse des Kartell- und Trustgedankens.

Wenn durch die Verordnung die Handhabe geboten werden soll, um die schädlichen Auswüchse des Kartellwesens mit aller Schärfe zu bekämpfen, so will sie andererseits diese Organisationen durch ihre Einigung dazu befähigen, der Anbahnung einer lauteren Geschäftsgebahrung der Verbreitung rationeller Produktionsmethoden und einer Vereinheitlichung der Preisbildung zu dienen. Schließlich darf nicht übersehen werden, daß eine völlige Zertrümmerung der Kartelle auf die Dauer die Marktfreiheit keineswegs begünstigen, sondern gerade in dem kommenden Umbildungsprozeß nur eine große Zahl gesunder mittlerer und kleinerer Betriebe der finanziellen Uebermacht großer Konzerne ausliefern würde.

Verleumdet unsere Landwirte nicht!

Ein Aufruf des Ernährungsministers.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Graf Kanitz, erläßt folgenden Aufruf:

In der Oeffentlichkeit tritt immer wieder die Behauptung auf, landwirtschaftliche Organisationen propagierten den Lieferstreik, und dieser werde von der Landwirtschaft tatsächlich ausgeübt. Als Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft liegt es mir ob, Wege zu finden und zu beschreiten, die dem unbeschreiblich leidenden Volke Nahrungsmittel schaffen. Voraussetzung für das Gelingen dieser Aufgabe ist allerdings, daß die Gegensätze zwischen Verbraucher und Erzeuger nicht unnötig verschärft werden. Aus persönlich genauer Kenntnis der Dinge ist es meine Pflicht, nur im Interesse der Wahrheit und ohne jede einseitige Parteilichkeit die Behauptung, eine landwirtschaftliche Berufsorganisation, ganz gleich welche, propagiere den Lieferstreik und dieser werde von den Landwirten tatsächlich befolgt, mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen. Solche Behauptungen sind nicht geeignet, das heute mehr denn je notwendige Verstehen zwischen Stadt und Land zu fördern, im Gegenteil: die Kluft zwischen Stadt und Land wird dadurch noch mehr verschärft.

Keine Sachlieferungen mehr.

Paris, 3. Nov. Der deutsche Geschäftsträger hat gestern abend im Quai d'Orsay, wo er vom Direktor im Ministerium des Auswärtigen empfangen, wurde, eine Note überreicht, in der die deutsche Regierung erklärt, daß sie nicht in der Lage sei, ihre Aufwendungen für die Fortführung der Sachleistungen zu machen und infolgedessen gezwungen sei, die Lieferung auf die Gesamtheit der reparationsberechtigten Staaten, außer Frankreich und Belgien, auch England und Italien und die Kleine Entente einzustellen. Die Note, die unter anderem auch diejenigen Lieferungen behandelt, die zu Beginn des Jahres in der Durchführung begriffen waren, und durch die Besetzung der Ruhr unterbrochen worden sind, ist auch in den übrigen alliierten Hauptstaaten überreicht worden. Eine Antwort von französischer Seite ist bisher nicht erfolgt.

Eine deutsche Protestnote.

Bei der Reichsregierung ist das über das verbrecherische Treiben der Sonderbündler eingegangene Material sorgfältig überprüft und zu einer ausführlichen Note zusammengestellt, die alsbald den fremden Mächten übergeben werden soll.

England gegen die Sonderbündler.

Wie die „Köln. Ztg." hört, hat der britische Oberkommissar in Koblenz, Lord Kilmarnock, eine Mitteilung der „provisorischen Regierung" der Sonderbündler erhalten. Er hat sie zurückgehen lassen mit dem Bemerken, daß er keine Mitteilung von einer nicht anerkannten Körperschaft annehmen könne.

Drei Tote in Aachen.

Aachen, 3. Nov. Soweit bisher festgestellt werden konnte, sind bei dem Kampf um den Besitz des Rathauses drei Tote zu beklagen, darunter ein städtischer Arbeiter, der sich bei der Verteidigung des Rathauses ausgezeichnet hatte.

Paris, 4. Nov. Nach einer Havasmeldung aus Koblenz hat die separatistische „Regierung" gestern beim belgischen Ober-Kommissar wegen der Vorgänge in Aachen protestiert.

Brüssel, 4. Nov. Der belgische Oberkommissar in den besetzten Gebieten erklärte nach einer Unterredung mit dem belgischen Minister Jaspar einem Vertreter der „Agence Belge", er habe auf Grund der ihm von der belgischen Regierung über die Neutralität gegenüber den Ereignissen im Rheinlande erteilten Weisungen am Sonnabend vormittag in Aachen einschreiten zu müssen geglaubt. Es sei unzulässig gewesen, daß die Belgier Partei für die bewaffneten Banden, die sich des Rathauses bemächtigten, ergriffen. Deshalb habe er die bewaffneten Banden aufgefordert, die Stadt zu verlassen.

Wieder 500 Billionen gestohlen.

Das Wolffbüro teilt mit:

Am 30. Oktober haben, wie erst jetzt bekannt wird, die Franzosen abermals die Druckerei von W. Girardet in Essen heimgesucht und dort 500 Billionen Mark Reichsbanknoten an sich genommen.

Poincaré will die Kapitulation.

Paris, 4. Nov. Poincaré hielt heute wieder zwei Reden. Bei der Einweihung eines Kriegerdenkmales in Brive behauptete er, nach der gewohnten Polemik gegen die „raffinierte Illoyalität" Deutschlands, Frankreich habe bis jetzt erst 244 Millionen Goldmark erhalten. Zu dem Plan des Sachverständigenausschusses zur Abschätzung der deutschen Zahlungsfähigkeit betonte Poincaré, daß Frankreich seinen Verbündeten seine Freundschaft habe bekunden wollen, als es diese Perspektive im Prinzip zuließ. Die Schlußworte Poincarés galten der Sicherheitsfrage. Bis jetzt sei nichts an die Stelle der in Versailles versprochenen Sicherheitspakte getreten. Zu welcher politischen Organisation künftig auch das deutsche Volk gelangen möge, Frankreich werde darüber wachen, daß neue Angriffe für immer unmöglich gemacht würden.

Die zweite, in Tulle gehaltene Rede hatte hauptsächlich innerpolitischen Charakter. Aber auch hier beklagte sich der Ministerpräsident darüber, daß die „deutsche Illoyalität", anstatt die Gläubiger in gemeinsamem Vorgehen einander näher zu bringen, nur Verzögerungen und Schwankungen in ihr Zusammenwirken hineingetragen habe. Frankreich habe somit täglich die doppelte Mühe, sich so freundschaftlich wie möglich mit seinen Alliierten zu verständigen und seine ehemaligen Feinde zur Kapitulation zu zwingen.

Deutschland.

— Das außerordentliche Gericht in Cottbus ist wieder aufgehoben worden.

— Angesichts des neuen Marksturzes ermächtigt der Reichsarbeitsminister die Länder, auf die Erwerbslosenunterstützung in der Woche vom 5. bis 10. November beschleunigt Vorschüsse in dreifacher Höhe der bekanntgegebenen Wochensätze für die abgelaufene Woche auszahlen zu lassen.

— Der Umrechnungssatz für die Reichssteuern beträgt für den 5. November 100 Milliarden.

Dresden, 4. Nov. Das Wehrkreiskommando 4 teilt mit: Der Befehlshaber im Wehrkreiskommando 4 hat den Polizeiobersten Dr. Schützinger bis auf weiteres vom Dienst enthoben. Maßgebend hierfür war, daß verschiedene Anlässe der letzten Zeit zeigten, daß es dem Polizeiobersten Dr. Schützinger seiner ganzen Einstellung nach schwer fällt, sich in die Unterstellung der Polizei unter das Wehrkreiskommando zu finden. Damit besteht in der Person des Polizeiobersten Dr. Schützinger eine Schwierigkeit für das glatte Zusammenarbeiten zwischen dem Wehrkreiskommando und der Polizei, da sein Verhalten naturgemäß auch Unklarheit und Unsicherheit über die Dienstauffassung der ihm untergeordneten Beamten zur Folge haben muß.

Dresden, 3. Nov. Wie wir hören, ist der frühere Ministerpräsident Landtagsabgeordneter Dr. Zeigner zum Landgerichtsdirektor beim Landgericht Dresden ernannt worden.

Ausland.

London, 3. Nov. Reuter meldet aus Spithead: Die Premierminister der Dominions und 300 andere Gäste wohnten heute mittag einer Flottenparade bei, an der mehr als 70 nach 1914 gebaute Kriegsschiffe teilnahmen.

Einheimisches

Nachdruck unserer Original-Berichte ist nur — mit genauer Quellenangabe gestattet. —

Sorau, den 5. November 1923.

* Ueber den verschiedenartigen Gang der Sorauer öffentlichen Uhren wird mit Recht im Publikum geklagt. Die Differenzen sind so erheblich, daß in deren Folge die größten Unannehmlichkeiten entstehen können. Und welche Uhr, fragt man, ist nun die „richtig gehende", die, nach der man sich richten kann? Gemeinhin hält man sich an die Schloßuhr, weil deren Schlag auf die weiteste Entfernung zu hören ist. Vor 14 Tagen aber ging die Schloßuhr gegen die anderen Uhren 10 Minuten zu früh, jetzt hinkt sie nach. Auch bei allen anderen Uhren (Rathaus, Hauptkirche, kathol. Kirche, Textilschule) herrscht keine Uebereinstimmung. Es müßte auf alle Fälle darüber Klarheit geschaffen werden, welche Uhr maßgebend ist.

* Polizeilich festgenommen wurde heute ein aus der Anstalt entlaufener, sich herumtreibender Fürsorgezögling.

* Diebstahl. Einer hiesigen armen Witwe sind am Sonnabend in der Schlesischen Butterhandlung, Niederstraße, aus der Markttasche 150 Milliarden Mark gestohlen worden. Der Spitzbube ist aus dem überfüllten Laden unbehelligt entkommen. Dieser Fall mahnt aufs neue zur größten Vorsicht, um sich vor empfindlichen Schaden zu bewahren.

* Stadttheater. Dienstag einmalige Aufführung des Lustspiels „Auf der Sonnenseite" von Blumenthal und Kadelburg. Else Eyner-Wedlich und Dir. Pfeifer in den Rollen des reichgewordenen Ehepaares Wulkow werden sehr erheiternd wirken. Donnerstag nochmals der „Fidele Bauer" in anbetracht des bisherigen großen Erfolges.

* Als gefunden wurde im Fundbüro ein seidener Schal abgegeben.

* Notgeld des Brandenburgischen Sparkassen- und Giroverbandes. Der Verband brandenburgischer Kommunalverbände (Brandenburgischer Sparkassen- und Giroverband) hat für den Bereich der Provinz Brandenburg mit Genehmigung des Reichsfinanzministeriums Notgeld ausgegeben, das von allen kommunalen Kassen und Reichsbankzahlstellen in der Provinz Brandenburg in Zahlung genommen wird. Das Notgeld kommt in Stücken von 20, 50 und 100 Milliarden in Umlauf. Es ist auf Wasserzeichenpapier, mit farbigem Untergrund — bei den 20 Milliardenscheinen orange-grünorange, bei den 50 Milliardenscheinen blaugelb-blau und bei den 100 Milliardenscheinen grau-violett-grau — gedruckt und trägt die Unterschrift des Verbandsvorstandes Machowicz und das Siegel des Verbandes.

* Abschlagszahlungen auf die Umsatzsteuer. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß die zu monatlichen Abschlagszahlungen auf die Umsatzsteuer verpflichteten Steuerpflichtigen nur bis zum 7. d. Mts. durch Zahlung des unerhöhten Papiermarkbetrages ihre Steuerschuld tilgen können. Vom 8. d. Mts. ab ist aufgewertet zu zahlen, vom 11. ab werden außerdem 5 Prozent Verzugszinsen erhoben. Zahlungen können außer bei der Finanzkasse auch bei deren Annahmestellen oder durch die Post erfolgen.

* Der Ankauf von Reichssilbermünzen durch die Reichsbank erfolgt vom 5. November ab bis auf weiteres zum 35-milliardenfachen Betrage des Nennwertes.

* Erhöhung der Spielkartensteuer. Die Spielkartensteuer beträgt mit Wirkung vom 5. November ab 8 Milliarden Mark für jedes Kartenspiel.

* Die höchste Instanz für Mietsachen. Der preußische Justizminister hat das Kammergericht zur höchsten preußischen Instanz für Mietssachen eingesetzt.

Kreis Sagan.

)(Sagan, 4. Nov. Mit ihrem Kinde in den Tod gehen wollte eine Frau, indem sie nahe der Kaiser-Wilhelm-Brücke in den Bober sprang. Es gelang aber, da der Vorgang bemerkt worden, die Frau mitsamt dem Kinde zu retten.

)(Wiesau, 4. Nov. Ein 10 Meter langer Treibriemen ist hier im Sägewerk Julius Wolf gestohlen worden. Für seine Wiedererlangung ist im Anzeigenteile des „Sorauer Tageblattes" eine hohe Belohnung ausgesetzt worden.

Provinzielles — Schlesisches.

† Senftenberg, 4. Nov. Der Streik im Braunkohlenbergbau scheint mit dem 2. November sein Ende erreicht zu haben. Zum größten Teil ist die Arbeit in allen Werken wieder aufgenommen worden.

† Spremberg, 4. Nov. Auch hier hat der Arbeitgeber-Verband der Textil-Industrie Gutscheine auf Teile der Goldanleihe des Deutschen Reiches herstellen lassen.

† Cottbus, 4. Nov. Die Stadtverordnetenversammlung konnte sich nicht von der Produktivität der Wohnungsbauabgabe überzeugen und lehnte diese Steuer ebenso wie die aufs neue aufgetischte Getränkesteuer in der letzten Sitzung ab. Die sozialdemokratische Fraktion drängte aufs neue auf den Abbau des Beamtenapparates hin. Im November und Dezember sollen in Cottbus an Grund- und Gebäude-, sowie Gewerbe- und Betriebssteuern 28 Billionen Mark erhoben werden.

† Finsterwalde, 4. Nov. Seitens der hiesigen Industriellen der Textilbranche wird von Sonnabend ab der Lohn an die Arbeitnehmer in wertbeständigem Gelde gezahlt.

† Gohra, 4. Nov. Freitag haben mehrere hundert der auf Grube „Elfriede" beschäftigten Kohlenarbeiter ihre Kündigung erhalten. In Kürze erfolgt die Stillegung des gesamten Betriebes infolge schlechten Geschäftsganges. Auch auf dem Industriewerk „Theresienhütte" bei Lichterfeld soll demnächst der Betrieb eingestellt werden.

† Köpenick, 4. Nov. Studienrat Walter Fehling wurde hier von einer Lokomotive zermalmt. Es liegt Selbstmord aus noch nicht bekannten Gründen vor.

† Bohnsdorf, 4. Nov. Hier, vor den Toren Berlins, wurde einem Landwirt Dung im Werte von 50 Milliarden gestohlen.

)(Löbau, 4. Nov. Ein schwerer Unfall ereignete sich auf dem Sportplatz bei einem Verbandswettspiel der Sportabteilung des Arbeiterturnvereins „Vorwärts" Löbau mit einer Zittauer Mannschaft. Ein Mitglied der Löbauer Mannschaft wurde bei der Abwehr des Balles so unglücklich von einem anderen Spieler gegen das Bein getroffen, daß die beiden Unterschenkelknochen glatt durchbrachen. Mit Hilfe des Krankenwagens wurde der Verunglückte von der Arbeitersanitätskolonne zunächst zu einem Arzt und dann in seine Wohnung gebracht.

)(Beuthen, 3. Nov. Infolge der katastrophalen Teuerung kam es hier zu Unruhen, besonders wurden Lebensmittelgeschäfte und Bäckereien heimgesucht. Patrouillen der Schutzpolizei durchstreifen die Stadt. Es wurden einzelne Verhaftungen vorgenommen.

Letzte Nachrichten.

Fernsprechdienst.

Die Absonderer in der Pfalz.

Kaiserslautern, 5. Nov. Heute nacht kam eine größere Anzahl von Absonderern von auswärts hier an. Heute morgen gegen 7 Uhr erfolgte ein Angriff auf das Stadthaus, der jedoch abgeschlagen wurde. Das Bezirksamt befindet sich dagegen in den Händen der Absonderer. Wie verlautet, wollen die Absonderer von Kaiserslautern aus die ganze Pfalz erobern. Französisches Militär durchzieht die Straßen. Die Abwehr der Bewegung wird sehr schwer fallen, da die Besetzungsbehörden die Abwehrposten haben beseitigen lassen. In Speyer wurde gestern früh das Regierungsgebäude von Besatzungstruppen abgesperrt und durchsucht. Ferner verlangten die Besetzungsbehörden, daß die am Eingang zum Regierungsgebäude und zum Stadthaus zum Schutz gegen Ueberfälle der Absonderer errichteten Drahtverhaue sofort wieder beseitigt würden.

Verhaftung von Kommunistenführern.

Hamburg, 5. Nov. In einer Wirtschaft am Hafen wurde eine geheime Kommunistenversammlung von der Polizei überrascht. Dabei wurden, dem Fremdenblatt zufolge, über 30 Kommunistenführer festgenommen.